

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis 3.50 RM. monatlich 1.30 RM.
 Vierteljährlich 3.50 RM. freier ins Ausland
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustriertem Sonntag-
 Beilage Die Neue Welt 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.30 RM. pro Monat.
 Eingetrag. in die Post-Listung
 Preussische Postverwaltung für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 RM. für das übrige Ausland
 4 RM. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1896.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Annoncen
 ober deren Raum 60 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Besprechungen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das ist gebuchte
 Wort 20 Pf. (außerdem 2 gebuchte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Stellenanzeigen
 gegen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 7. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Reichskonferenz.

Man schreibt uns:

Die Reichskonferenz, die in nächster Zeit einberufen werden soll, verdient die rechtzeitige Aufmerksamkeit der Genossen, sowohl was die vermutliche Abficht derer anlangt, die ihre Einberufung betrieben haben, als in Hinsicht auf ihre Zusammenfassung und den sich daraus ergebenden Charakter dieser Veranstaltung. Beginnen wir mit dem letzteren.

Es sollen auf ihr vertreten sein die Wahlkreise, die nur bis 50 Mitglieder zählen, für jeden Bezirk durch einen Vertreter, ebenso die Wahlkreise von 50-3000 Mitgliedern; die Wahlkreise mit 3000-10000 Mitgliedern durch je zwei, und endlich die Kreise mit über 10000 Mitgliedern durch je drei Delegierte. Außerdem sollen sämtliche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und die Mitglieder des Parteiaussschusses zur Teilnahme an der Konferenz berechtigt sein.

Schon diese Zusammenfassung der Konferenz trägt den demokratischen Anforderungen in ganz ungenügender Weise Rechnung. Man ist solchen Bedenken mit dem Einwand begegnet, daß es etwa 100 Wahlkreise gebe, die nur bis zu fünfzig organisierte Mitglieder besitzen, daß demnach der obige Vertretungsmodus diesen 100 Wahlkreisen nur eine schwache Vertretung ermöglichen würde. Dieser Einwand ist durchaus nicht stichhaltig. Denn da diese hundert Kreise im Höchstfall 5000 Mitglieder aufweisen, würden ihnen nach demokratischem Wahlrecht nur ebenso viel Vertreter zustehen wie einem Wahlkreis von 3000-10000 Mitgliedern, also zwei! Statt dessen werden sie unter Umständen durch mehrere Dutzend Delegierte vertreten sein. Diese Begünstigung läßt sich demokratisch um so weniger rechtfertigen, als nicht das geographische Gebiet sondern die Zahl der Parteigenossen für eine derartige Vertretung maßgebend sein muß. Haben nicht in den preussischen Wahlrechtsdebatten unsere Redner stets die Argumente der Gegner mit Recht verspottet, die für die stärkere Vertretung schwach bevölkerter ländlicher Wahlkreise eine über die Kopfzahl der Wähler hinausgehende Vertretung im Junkerparlament beanspruchten? Hier kann also nur die Zahl der Parteimitglieder maßgebend sein. Der undemokratische Charakter der Vertretung tritt noch stärker hervor in der Begünstigung zahlreicher kleiner Kreise von 51, 100, 200 Mitgliedern, denen dasselbe Vertretungsrecht zugestanden wird, wie den Kreisen von 3000 Mitgliedern usw.

Demgegenüber wird man sich auf das Wahlsystem zu den Parteitag berufen, bei denen das demokratische Prinzip auch nicht konsequent durchgeführt sei. Das ist richtig, aber für ein schlechtes, undemokratisches System noch lange keine Verteidigung. In der Tat hat man diese Mängel früher auch niemals geleugnet. Man hat sie nur damit entschuldigt, daß man aus mancherlei Gründen ein Kompromiß zu schließen genötigt war. — Zudem hatten selbst Parteitagsbeschlüsse in der Friedenszeit meist nicht entfernt solche Bedeutung wie in der Kriegszeit. Selbst an verhängnisvollen Beschlüssen konnte erforderlichenfalls der nächste Parteitag die nötige Korrektur vornehmen. Die Gefahr, daß inzwischen die Partei unheilbaren Schaden nähme, war sehr gering. Der etwa angerichtete Schaden konnte wieder gutgemacht werden. Ganz anders zur Kriegszeit, wo jeder verfehlte Schritt, jeder Irrweg Verderben bringen und die Partei aufs schwerste gefährden kann. Besteht in solchen abnormen Zeiten überhaupt die Möglichkeit, Beschlüsse im Namen der Partei zu fassen, so muß Vorbeuge getroffen werden, daß bei einer Erörterung sozialdemokratischer Kriegspolitik auch organisatorisch alle Garantien einer demokratischen Vertretung gegeben werden.

Nun wird man erklären, daß ja die Reichskonferenz keinen Parteitag darstelle und vor allem keine bindenden Beschlüsse fassen könne und solle. Diese selbstverständliche Erklärung ist allerdings auch vom Parteivorstand abgegeben worden. Trotzdem sind die beruhigenden Versicherungen der sog. Mehrheit mit alle dem Mißtrauen und der Vorsicht aufzunehmen, die sich die „Instanzen“ durch ihr bisheriges Vorgehen so reichlich verdient haben.

Schon die Erklärungen der Mitglieder des Parteivorstandes, die in den Vorbesprechungen über die Reichskonferenz abgegeben worden sind, mahnen dringend dazu. Wurde da doch gesagt, daß zwar die Reichskonferenz keine bindenden Beschlüsse fassen könne, daß aber dennoch zu erhoffen sei, daß der mit seinen Ansichten nicht durchgedrungene Teil sich nach demokratischen Grundsätzen den Anschauungen der Mehrheit fügen werde. Das heißt nichts anderes, als daß die Reichskonferenz die Taktik des Parteiaussschusses fortsetzen soll. Auch der Parteiaussschuß hat nur das Recht zu gutachtlichen Meinungsäußerungen, — aber diese verdichteten sich bald zu zahlreichen förmlichen Beschlüssen, denen der Parteivorstand durch die rückwärtslosten Mittel Autorität zu verschaffen suchte. Da das nicht gelang, wurden weitere Mittel versucht. Der Plan des von einigen Parteiblittern und Instanzen so leidenschaftlich geforderten Parteitages scheiterte einstweilen an der Unmöglichkeit einer „freien“ Aussprache auf dem Parteitag. So verzichtete man einstweilen auf den Parteitag und begnügte sich mit der Einberufung der Reichskonferenz. Diese Konferenz soll kaum etwas anderes sein als ein erweiterter Parteiaussschuß, dessen

„Gutachten“ offenbar wiederum in der skrupellosesten Art gegen die Minderheit ausgeschlachtet werden sollen!

Wie wenig es dem Parteivorstand auf eine ungeschminkte Aussprache ankommt, und wieviel ihm daran liegt, möglichst wenig die Gegner der Mehrheitspolitik zu Worte kommen zu lassen, geht auch besonders daraus hervor, daß er die Teilnahme der Reichstagsabgeordneten an der Reichskonferenz auf „die Reichstagsfraktion“ d. i. auf die nach Hinauswurf der Minderheit verbliebene Fraktionsmehrheit beschränken wollte. Erst der Opposition im Parteiaussschuß gelang es, einen Beschluß herbeizuführen, der die Teilnahme aller sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneten als selbstverständlich verlangte, ohne solchen Beschluß hätte der Parteivorstand gar nichts Widerwilliges und Blamables darin gefunden, ohne Teilnahme der Opposition über eben diese Opposition in geschlossenem Konventikel zu Gericht zu sitzen! Das nennt sich Sozialisten!

Alle diese frommen Wünsche und guten Absichten gilt es von vornherein zu kennzeichnen und zu durchkreuzen.

Gegen eine Aussprache hat auch die Minderheit nichts einzuwenden. Gegen jede mißbräuchliche, undemokratische Ausschlachtung etwaiger „Beschlüsse“ oder Resolutionen hat sie dagegen von vornherein den schärfsten Protest einzulegen.

Niemand bedauert die Zerrissenheit und Zerklüftung der Partei mehr als die „Minderheit“. Aber eine Geschlossenheit der Aktion läßt sich nur erreichen, wenn die Mehrheit auf den Boden der Beschlüsse unserer Parteitage und internationalen Kongresse zurückkehrt, — wenn sie sich die Grundsätze des alten Klassenkampfes und der sozialistischen Internationale wieder zu eigen macht. So lange die Mehrheit auf ihrem nationalistisch-reformerischen Standpunkt stehen bleibt und in der Gefolgschaft der Regierungspolitik verharrt, ist jedes gemeinsame Zusammengehen mit ihr ausgeschlossen! Das wird und muß die unerrückbare Richtlinie der Politik der Minderheit bleiben! Und das werden die Redner der Minderheit und ihre — mit Mühe und Not errungenen — Korrespondenzen mit aller Deutlichkeit auseinanderzusetzen haben, unter rückwärtsloser Kritik aller Ereignisse, aller Handlungen und Unterlassungen.

Was es mit der Demokratie der Reichskonferenz schon rein organisatorisch auf sich hat, haben wir eben gezeigt. Die Wahlen der Delegierten werden zumeist Instanzenwahlen sein, wie nur je preussische Landratswahlen es waren.

Daß trotz alledem die Minderheit alles aufbieten muß, um auch unter den erschwerendsten Umständen auf die Zusammenfassung der Konferenz einen möglichst großen Einfluß auszuüben, versteht sich von selbst. Alle etwa schon gefaßten entgegengesetzten Beschlüsse sollten möglichst geändert werden! Alle Vorbereitungen zur Reichskonferenz sind ungesäumt und mit Anspannung aller Kräfte zu treffen! Es gilt das Wohl der Partei!

Hunderte von Delegierten werden hier zum erstenmal Gelegenheit haben, den wahren Standpunkt und die wahren, unentstellten Argumente der Minderheit kennen zu lernen, das heißt anders als nach der tendenziösen Darstellung der Mehrheitspresse und -flugblätter. Die Mehrheit wird versuchen, nach der bekannten Zitiermethode der Parteikorrespondenz und der J. K. die Aussprache zu verzetteln, statt auf die großen prinzipiellen Kernfragen einzugehen. Die Mehrheit hat nur allzu triftige Gründe, ernsthaften und sachlichen Debatten auszuweichen. Nicht nur, weil sie dabei der Opposition gegenüber arg ins Gebränge geraten würde, sondern auch, weil dabei die heillose Wirrnis innerhalb der Mehrheit selbst kraft hervortreten würde — der Zwispalt zwischen den programmatischen Fanatikern des Durchhaltens — und den grundsätzlichen Verfechtern des Durchhaltens à la Lensch, Heilmann, Saenisch, Cunow und anderen. Auch die Seitensprünge und Zukunftsprogramme der gründlichen Umlerner wie Blos, Kolb, Peus, Peine usw. würden in der Debatte eine der Mehrheit sehr unbecommene Rolle spielen. Deshalb wird die Mehrheit bemüht sein, alle diese Zwistigkeiten in ihren eigenen Reihen nach Möglichkeit auszuschalten, um sich geschlossen gegen die Opposition zu wenden. Dies bequeme Spiel werde der Mehrheit gründlich verdorben!

Was aber auch bei der Reichskonferenz herauskommen mag: die Opposition wird auf ihr und den späteren etwaigen Parteikämpfen ihren Mann stehen. Es geht um das Wohl, die Zukunft der Partei und der Internationale!

Wohl gerüstet hat der die alten Grundsätze und Ideale des Sozialismus verfechtende Teil der deutschen Sozialdemokratie auf den Plan zu treten. Seinen endgültigen Triumph verbürgt der geschichtliche Verlauf und die soziale Entwicklung. Aber von der Klarheit und Entschlossenheit der Träger der Ideen, denen die Zukunft gehört, hängt wesentlich auch Tempo und Gestaltung der Ereignisse und der Schicksale der Menschheit ab!... Bereit sein ist alles!

Italiens und Rumäniens Kriegserklärung in sozialistischer Beleuchtung.

Die Kriegserklärungen Italiens gegen Deutschland und Rumäniens gegen Österreich beschäftigen die öffentliche Meinung Italiens aufs lebhafteste und geben zu Presseerörterungen Anlaß, die je nach der Parteizugehörigkeit der Blätter die Bedeutung dieser Ereignisse und den Anteil Italiens an ihnen in verschiedener Weise beleuchten. Klar und eindeutig, wie immer während dieses Krieges, ist auch diesmal die Haltung der sozialistischen Presse, die ihr durch das grundsätzliche Verhalten der italienischen Partei zu den kriegerischen Begebenheiten vorgezeichnet wird. In dem ersten Kommentar zur Kriegserklärung Italiens verzeichnet der „Avanti“ resigniert den Eintritt dieses von ihm längst vorhergesehenen Ergebnisses, der nur eine strenge Konsequenz in dem notwendigen Ablauf dieses tragischen Vorganges bezeichnen, einen letzten Schritt, der das Schicksal Italiens endgültig an das Englands und Russlands fettet. Dieser Schritt sei nur denkbar als Folge der Konferenzen von Paris, London und Ballanza. Der Sozialdemokratie bleibe nur übrig, von ihm Kenntnis zu nehmen, ohne allerdings dabei aus dem Auge zu verlieren, daß dieser Schritt vollzogen wurde, ohne daß das Volk um ihn, um seine wahren Gründe und Ziele gewußt habe. Erst wurde feierlich verkündigt, daß der Ministerrat, der wenige Tage vorher statifand, lediglich Fragen der Verwaltung verhandelt habe, dann stellt es sich heraus, daß in ihm tatsächlich die Kriegserklärung beschlossen wurde. So werde das Volk von einem wichtigen Akt in Kenntnis gesetzt, den der englische Minister Runciman freilich als eine bloße Formalität bezeichnet habe.

Die rumänische Kriegserklärung, die am nächsten Tage erfolgte, hat dann das Bild noch weiter vervollständigt und den Blättern die Möglichkeit gegeben, beide Ereignisse im Zusammenhang zu behandeln. Wie der „Avanti“ mitteilt, wurde zunächst jede Erörterung der italienischen Kriegserklärung verboten, offenbar, weil die leitenden Kreise wünschten, daß beide Akte gemeinsam und in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit von einander bewertet würden. Die nationalistische Presse, wie zum Beispiel die „Idea Nazionale“, hebt hierbei das Verdienst Italiens an der Herbeiführung des rumänischen Entschlusses besonders hervor. Nur mit Hilfe Italiens hätte die Salonitxpedition, die Rumänien zur Vorbedingung seiner Intervention gemacht habe, zur Durchführung gelangen können, wie denn Italien überhaupt die Vermittlung in den Verhandlungen der Entente mit Rumänien übernommen hätte; eine Auffassung der Sachlage, die wohl auf einer Ueberschätzung der diplomatischen Leistung Italiens beruhen dürfte. Hat doch der bekannte Führer der rumänischen Sozialdemokratie, Genosse Katsowski, noch vor einigen Monaten in der „Sentinelle“ darauf hingewiesen, daß es vielmehr zu einem wesentlichen Teil der diplomatischen Ungeschicklichkeit Italiens zu verdanken sei, wenn Rumänien nicht schon im Mai 1915, d. h. zusammen mit Italien, eingegriffen habe. Italien habe sich damals allzu sehr als Bevollmächtigter Rumäniens gebärdet und über den Kopf Rumäniens hinweg Versprechungen gemacht, ohne zugleich die Ansprüche der rumänischen Staatsmänner bei der Entente ausreichend zu vertreten, was damals in Rumänien sehr verstimmte hätte. Diesmal freilich scheint Italien geschickter manövriert zu haben. Wenn es im Frühjahr nicht geglückt sei, schreibt der „Avanti“, Rumänien zum Anschluß an die Entente zu bewegen, diesmal sei es gelungen. Die offiziellen Zeitungen seien sich darin einig, daß Italien diesmal seiner schwächeren Schwester als Geburtshelferin gedient habe, und daß die Welt Italien einmal dafür dankbar sein werde, daß es sich ein solches „Verdienst“ um diesen Krieg für Recht und Freiheit gegen Unterdrückung und Barbarei erworben habe. Die Sozialisten, fährt der „Avanti“ fort, die immer gegen den Krieg gewesen seien und deren Antipathie gegen ihn noch mit jedem Tage wachse, brauchten nicht besonders gegen diese neuen kriegerischen Akte zu protestieren. Die neue Kriegserklärung habe sicher eine große politische und wirtschaftliche Bedeutung, manche erwarteten von ihr eine entschiedene Wendung besonders in der Balkanfrage. Jedenfalls habe Deutschland mit seiner sofortigen Erwidmung der Kriegserklärung bewiesen, daß es sein Schicksal nicht von dem Österreich trennen wolle. Zugleich zeichneten sich durch diese Begebenheiten immer deutlicher die politischen und wirtschaftlichen Ziele Englands ab.

Die Zeitungen sagten, die Kriegserklärung Italiens werde keine unmittelbaren Folgen haben. Dafür werden sie sich aber um so klarer auf dem kommenden Friedenskongreß bemerkbar machen. In den Wirrnissen der politischen Konflikte hätte Italien drei Möglichkeiten gehabt: im wirtschaftlichen Wirkungsbereich Deutschlands zu verbleiben, sich dem Englands anzuschließen und seine Unabhängigkeit zu wahren. Man hat sich schließlich dazu entschieden, mit England zusammenzugehen in der Illusion, daß man seine Unabhängigkeit erringen könne, indem man nur sein Kleid wechselt. Uebrigens haben die, die über diese Dinge zu bestimmen haben, die Kapitalisten und Geschäftsleute, wohl

Gewerkschaftliches.

Hungerlöhne im J. K.-Verlag?

Aus Handlungshelferkreisen wird uns geschrieben, daß im Bureau des bekannten Verlages der „Internationalen Korrespondenz“ und der „Sozialdemokratischen Zeitpost“ zwölf Handlungshelferinnen mit der Herstellung von Vervielfältigungen, stenographischen Arbeiten und mit der Expedition obengenannter Zeitungen beschäftigt sind. Für diese Arbeit werde ein monatlicher Lohn von 30 bis 50 Mark bezahlt. Die Arbeitszeit sei festgesetzt von 8-5 Uhr, doch sind fast täglich Ueberstunden verlangt worden, für die bis vor kurzer Zeit nichts bezahlt wurde. In letzter Zeit wird dafür der hohe Betrag von 30 Pf. pro Stunde gegeben. Es handelt sich zwar meist um Damen im jugendlichen Alter von 15-17 Jahren, was aber den Verlag nicht davon abhält, von ihnen Hausdienerarbeiten verrichten zu lassen. So mußten die Damen die Zeitungen in Waschkörben zur Post schleifen. Arbeit schändet sicher nicht, aber daß es einem so jugendlichen Körper zuträglich ist, mit derartig schweren Lasten zu hantieren, glauben wir nicht. Wenn man sich aber die dort gezahlten Löhne ansieht, so kann man schon verstehen, warum der Verlag für diese Arbeit nicht einen Hausdiener annimmt. Alle diese Damen sind natürlich nicht von einem gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis genommen, denn der hätte sicher eine Vermittlung zu solchen Hungerlöhnen abgelehnt. Eine Ausnahme soll allerdings vorhanden sein, da wurde die Betreffende durch den Arbeitsnachweis des Verbandes der Bureauangestellten bezogen. Man kann aber auch in diesem Falle nicht annehmen, daß dieser Nachweis etwas von der jammervollen Bezahlung gewahrt hat. Da es sich meist um Töchter aus Arbeiterfamilien handelt, so wäre es wünschenswert, wenn der Verlag in seinen Zeitungen auch mal etwas über die bei ihm vorhandenen Arbeitsverhältnisse hören ließe, damit die Leser im Felde auch darüber orientiert wären, daß unorganisierte in seinem Betriebe beschäftigt werden.

Berlin und Umgegend.

Ein Kriegsbeschädigter auf der Arbeitssuche.

Um die Arbeitbeschaffung für Kriegsbeschädigte bemühen sich verschiedene Organisationen. Ein Kriegsbeschädigter, der auf eigene Faust Arbeit suchen wollte, hat dabei schlechte Erfahrungen gemacht. Ihm war ein Arm zerschmettert worden, so daß eine Amputation nötig wurde, er meinte aber, auch als Verstümelter

wieder in seinem Schlofferberuf tätig sein zu können. Noch vom Lazarett aus schrieb er an einen königlichen Hof-Kunstschloffermeister, bei dem er früher in Arbeit gestanden hatte, und fragte an, ob er nach seiner am Ende Oktober zu erwartenden Entlassung wieder in den Betrieb „bei möglichem Lohn“ eintreten könne. Er fügte hinzu, daß er einen Teil seines rechten Armes verloren habe, aber bereits geheilt sei. Umgehend erhielt er folgende Antwort:

„In Beantwortung Ihrer Zuschrift vom 9. d. M. bedauere ich sehr, Sie nicht einstellen zu können. Sie können doch unmöglich mit dem verkrüppelten, noch dazu rechten Arm in der Schlofferlei tätig sein, und es tut mir leid, Ihren Wunsch nicht erfüllen zu können.“

Der arbeitssuchende Kriegsbeschädigte hatte sich einen anderen Erfolg versprochen. Richtiger wär's gewesen, sich nicht gegen „möglichem Lohn“ anzubieten. Aber selbst mit dieser Einschränkung will der frühere Arbeitgeber ihn nicht nehmen.

Deutsches Reich.

Arbeiter und Sommerzeit.

Bei Ablauf der jetzigen Sommerzeit sollen Erhebungen über die Wirkung derselben stattfinden, um danach entscheiden zu können, ob eine Wiederholung des Experiments angebracht wäre oder nicht. Schon bei Beginn der Sommerzeit wurden aus einigen Berufskreisen Bedenken gegen diese laut. So monierten die Gärtner, daß ihre Arbeitszeit dadurch verlängert würde, daß sie zwar morgens früher mit der Arbeit beginnen, mit dem Abendglocken aber so lange warten müßten, bis die Pflanzen sich von der Mittagsglut abgekühlt hätten, was natürlich nicht durch die Verschiebung der Uhrzeit beileubar ist. Im „Korrespondent“ der Buchdrucker hat nun eine Debatte über die Sommerzeit eingesetzt, die zur Veröffentlichung einer Zuschrift führte, welche die Redaktion dieses Gewerkschaftsblattes als ziemlich klar und in objektiver Weise den Kern der Sache umfassend bezeichnet und welche sie wiedergibt, damit sie auch von solchen Stellen beachtet werden könne, denen eine maßgebende Entscheidung in solchen Dingen zusteht.

In dem Schreiben heißt es: „Ich selber muß um 6 1/4 Uhr morgens aufstehen, um rechtzeitig an meinem Arbeitsplatz zu sein. Ich werde aber meistens schon um 5 Uhr durch das Geräusch von eiligen Schritten auf der Straße geweckt. Kurz nach 5 Uhr fährt ein Arbeiterzug von hier nach Bremen. Die Leute, die diesen Zug benutzen, halten Ende April morgens kein Licht mehr nötig, vom 1. Mai an war es aber um 5 Uhr wieder stockfinster (denn es war ja eigentlich erst 4 Uhr), und so war der erste Nachteil, den die Sommerzeit brachte, daß die Arbeiter, die doch spätestens 4 1/2 Uhr aufstehen mußten, gezwungen waren, Licht zu machen, also Unkosten hatten. Uebrigens war es beim Bahnbetriebe ja das selbe, also ebenfalls kein Vorteil, sondern Nachteil. Seit Anfang August ist es dieselbe Geschichte. Nur in den beiden Monaten Juni und Juli konnte man ohne Licht auskommen.“

In diesen beiden Monaten haben große Betriebe, die in mehreren Schichten arbeiten, vielleicht den größten Vorteil von der Sommerzeit. Aber sonst niemand. Abends war es dann bis ungefähr 11 Uhr hell; ebenso lange liegen unvernünftige Eltern ihre Kinder auf der Straße herumklammern, so daß schon deshalb nicht an Schlaf zu denken war, ganz abgesehen davon, daß es sehr viele Menschen gibt, die nicht schlafen können, solange es hell ist. Außerdem ist es klar, daß derjenige, der einen Garten oder ein Stück Bachland zu bearbeiten hat, das Tageslicht bis zuletzt ausnützt. Also lief die Sache, für die Arbeiterzeit wenigstens, auf eine erhebliche Verfrüherung der Nachtruhe hinaus. Ob das ein Vorteil ist? Im Gegenteil, es ist ein Nachteil, der sich gesundheitlich mit der Zeit genau so gut rächen wird, wie es bei denjenigen der Fall ist, die sich in Wirtschaften oder sonstwo einen Teil der Nacht um die Ohren schlagen. Die Leute dagegen, die gewohnt sind, um 8 Uhr aus den Federn zu kriechen, haben während der Sommerzeit allerdings das erhebliche Bewußtsein gehabt, ihren Mitmenschen und dem Staat einen ungeheuren Dienst zu erweisen, indem sie doch eigentlich schon um 7 Uhr aufstanden und so der Mittwelt ihre unschätzbare Kraft eine Stunde länger zur Verfügung stellten — freilich ohne ihr Zutun. Jedenfalls hat die Arbeiterzeit keine Ursache, sich für die Sommerzeit zu erwärmen oder gar ihre Verbeibehaltung auch im Winter zu wünschen, denn dann würde sie desto länger bei Licht arbeiten müssen. In gewerblichen Betrieben wird es aber meistens so sein, daß das Licht, das nachmittags bzw. abends geipart wird, morgens wieder zugelegt werden muß, wenn nicht die Arbeitszeit verlegt wird. Und das soll doch vermieden werden; denn sonst hat die Sache doch überhaupt keinen Sinn. Für Neuerungen einzutreten, nur weil sie eben Neuerungen sind, kann man selbst dem fortschrittlichsten Arbeiter nicht zumuten. Ich wenigstens kann mich nur mit solchen Neuerungen befassen, deren Sinn und Zweck ich klar erkannt habe, und wenn ich überzeugt bin, daß das Neue auch wirklich besser als das Alte ist.“

Die im Eingang dieser Zuschrift gekennzeichneten Nachteile für die arbeitenden Frühaufrichter, die — wie die sommerzeitbegeisterten Spätaufsteher nicht zu wissen scheinen — 90 Proz. der Bevölkerung ausmachen, werden sich bis zum 1. Oktober in immer steigendem Maße bemerkbar machen. Die beabsichtigten guten Wirkungen der Sommerzeit können nämlich deswegen nicht eintreten, weil diese keine Rücksicht auf die wirklich hellste Jahreszeit nimmt, sondern sich dem jedesmaligen Jahreszeitenwechsel anpaßt, der von ganz anderen Rücksichten diktiert ist. Eine Lichtersparnis auf diesem Wege erreichen zu wollen, ist von vornherein verfehlt. Alle Industriebetriebe haben übrigens, wenn sie nicht auf Nachtarbeit basieren, die Arbeitszeit im eigenen Interesse so um die astronomische Mittagszeit verlegt, daß sie mit denkbar bester Ausnutzung des Tageslichts arbeiten. Gewart werden kann durch die Sommerzeit ganz allein im Warenverkehr, im Gastwirtsgewerbe und bei der Treppenbeleuchtung. Hier erfüllen aber weit besser denselben Zweck ein früherer Laden-, Wirtschafts- und Hausstärkchluß, wobei wir uns auch für die beiden letzteren auch nur als für eine Kriegsmaßnahme aussprechen möchten.

A. WERTHEIM

Weißwaren

- Vorsteckschleife aus Glasbatist, weiß und rosa 90 Pf.
- Vorsteckschleife aus Tüll, große Form weiß und schwarz 90 Pf.
- Vorsteckschleife aus Glasbatist, mit handgestickten Knötchen, weiß und rosa ... 1.15
- Rollkragen gebogt, aus Glasbatist weiß 2.00 rosa 2.25
- Rollkragen aus Glasbatist, große Matrosenform . weiß 2.45 rosa 2.60
- Rollkragen aus Glasbatist, groß. Form, m. Hohlsaum weiß 2.65 rosa 2.85
- Rollkragen gebogt, a. Glasbatist, groß. Form, weiß 1.85 2.65 rosa 2.85
- Rollkragen a. Glasbatist, gebogt, gr. Form, m. Hohlsaum weiß 2.85 rosa 2.90

Alle Artikel

ohne

Bezugschein

da nicht bezugscheinpflichtig

Damenhüte

Ungarnort

- Filzhut langhaarig, schwarz 2.25
- Filzhut in modernen Formen, schwarz und farbig 2.75
- Sammelhüte schwarz, in neuesten Formen 6.50 8.50 9.50
- Velpelhüte in modernen Formen 8.25 9.50

Garnort

- Moderner Dreispitz mit Tresse oder Ziernadeln 7.75
- Großer Sammet-Rundhut mit Ripsband - Einfassung und Schleife 13.75
- Sammet-Dreispitz oder Rundhut mit Straußfeder-Besatz 14.25
- Sammet-Rembrandt mit Seldenband-Kopf und Nadeln. 15.50
- Große Sammet-Glocke mit Sammetblumen 19.50
- Eleganter Sammet-Rundhut mit Paradies-Reiter 27.50

Hutgarnituren

- Sammet-Stiefmütterchen in schönen Farben 68 Pf.
- Seiden-Rose mit Laub 75 Pf.
- Weintraubentuff mit Sammetlaub .. 90 Pf.
- Großer Plüsch-Mohn oder Rose 1.15
- Moderne Garnierflügel .. 75 Pf. 1.10
- Moderne Phantasie-Gestecke 1.90 2.40
- Straußfeder-Kranz in schönen Farben 3.90
- Seidenband gestreift, etwa 12 cm breit 50 Pf.
- Seidenband glatt, etwa 15 cm breit. . 75 Pf.

Damen-Schnürstiefel

- Chromkid, mit Lackkappe . 13.00 15.50
- Roß-Chevreaux, mit Lackkappe. . . 18.75

Alle Artikel

ohne

Bezugschein

da nicht bezugscheinpflichtig

Klöppel-Spitzen und Einsätze

— Nur Garnituren — Für Decken u. Gardinen geeignet

- von 1 1/2 bis 5 cm breit Meter 18 Pf.
- über 5 bis 8 cm breit Meter 28 Pf.
- über 8 bis 13 1/2 cm breit Meter 38 Pf.

Fische

- Flundern Pfund 70 Pf.
- Aalquappen Pfund 70 Pf.
- Grüne Heringe mittelgroß Pfund 85 Pf.
- Makrelen Pfund 90 Pf.
- Schellfische Pfund von 1.10 an
- Große Eis-Aale Pfd. 2.50 bis 3.00
- Rindfleischähnliches Fischfleisch Pfd. 1.90
- Lebende Aale zu billigen Tagespreisen.
- Krebse p. Mandel 1.25 2.25 3.00 4.00 5.00
- Große Krebse per Stück 50 Pf.

Räucherwaren

- Nord-Cap-Fischfleisch Pfund 2.40 großstückig geräuchert, vorzüglich zum Kochen, und als Brotbelag.
- Bücklinge 2 Stück 35 Pf.
- Flundern per Pfund von 1.40 an
- Aale in allen Größen zu Tagespreisen.

Lebensmittel

Donnerstag soweit Vorrat

Obst und Gemüse

- Weißkohl Pfund 7 u. 9 Pf.
- Wirsingkohl Pfund 12 Pf.
- Rotkohl Pfund 12 u. 15 Pf.
- Kohlrabi mit Grün .. Pfund 8 u. 14 Pf.
- Mohrrüben Pfund 9 u. 14 Pf.
- Einlege-Gurken Pfund 42 Pf.
- Blumenkohl Stück 10 15 35 Pf.
- Salat 2 Köpfe 15 Pf.
- Koch-Aepfel Pfund 13 u. 22 Pf.
- Pflaumen blaue Pfund 25 Pf.
- Gravensteiner Aepfel .. Pfund 38 Pf.
- Pfirsiche Pfund 75 Pf.
- Melonen Pfund 45 u. 60 Pf.
- Tomaten Pfund 45 u 65 Pf.
- Weintrauben Pfund 75 Pf.

Geflügel

- Junge fette Gänse .. Pfund 3.20 bis 3.40
- Junge Brat-Gänse Pfund 3.45
- Junge Brathühner } Pfund 2.75
- Suppenhühner }
- Tauben Stück von 1.50 an
- Rebhühner und Fasanen

Freitag und Sonnabend:

- Gänseklein Stück 3.75
- Gänsekeulenfleisch Pfund 3.60
- Gänsestückenfleisch Pfund 2.95
- Gänse-Fett und -Leber
- Frische Gänsebrust mit Knochen zum Pökeln und Räuchern.

Fisch-Konserven

- Seemuschein i. Gelee 40 Pf. Dose etwa 4.00
- Rollmops Dose etwa 4 Liter 7.65
- Sardellen Pfund von 1.80 an
- Kaviar-Ersatz leicht gefärbt, 1/4 Pfund 1.30
- Heringe in Gelee 1/2 Pfund 70 Pf.

Milfix-Kunstfleisch hergestellt aus Milcheiweiß

Vorzüglicher Fleischersatz in Nährwert u. Verdaulichkeit

Praktische Vorführung sowie Kostproben Leipziger Str. Lebensmittel-Abteilung 11-1 und 5-7 Uhr. Dose 2.20

Chronik des Weltkrieges.

7. September 1914.

Generalsabmeldungen vom westlichen und östlichen Kriegsschauplatz liegen nicht vor.

Nach Londoner Meldungen aus Ostende wurde ein Teil des Landes, besonders Mecheln, von belgischen Truppen unter Wasser gesetzt. Termonde wurde von ihnen geräumt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Direktor der Deutschen Bank, Dr. Helfferich, der aus Belgien zurückgekehrt ist. Er erzählte, daß von einer totalen Zerstörung der Stadt Loewen nicht die Rede sein könne. Zerschossen und niedergebrannt seien nur die östlichen Quartiere, in denen auf die deutschen Truppen geschossen worden sei. Vor allem die Straßenzüge, die vom Bahnhof und aus der Richtung von Ticlemont nach dem Stadttinnen führen. Dagegen sei der ganze nördliche Teil der Stadt und ein Teil des Westens unversehrt geblieben. Das Rathaus sei völlig erhalten.

Wie nachträglich gemeldet wird, ist bei einem Sturmangriff in der Gegend von Lunéville Genosse Dr. Frank gefallen. Er erhielt einen Kopfschuß und war sofort tot. Er befand sich nur einen einzigen Tag im Gefecht.

7. September 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: Zwischen Maas und Mosel entwickelten sich in der Champagne lebhafteste Feuerkämpfe.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Die russischen Truppen haben sich auf verschiedenen Stellen erneut zum Kampf gestellt. Sie wurden zurückgeworfen. 4500 Gefangene wurden eingebracht.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz unternahm 5 Bataillone einen Angriff in der Nähe des Kreuzbergstettes. Sie wurden mit einem Verlust von mindestens 1000 Mann zurückgeschlagen.

Haenisch und die Mehrheit.

Genosse Friedrich Stampfer ersucht uns um die Aufnahme folgender Zeilen:

Gegen die Ausführungen des Genossen Haenisch in Nr. 244 des „Vorwärts“ lege ich als Anhänger der Parteilichkeit — und wohl im Sinne der Allermeisten ihrer Mitglieder — nachdrücklich Verwahrung ein. Haenisch gibt von dem, was die Parteilichkeit will, ein ganz schiefes Bild.

Wenn Haenisch in seinem Buch erklärte, daß die Sozialdemokraten mit der vollen Wärme des Herzens bei der Sache Deutschlands stünden, so lag natürlich für niemand ein Grund vor, dagegen zu protestieren. Wenn er nun aber daraus folgert, daß die Mehrheit mit dem, was er jetzt über Belgien und Polen sagt, vorbehaltlos einverstanden sein müsse, so ist das doch ein sehr übereilter Schluß.

Ein solches Einverständnis ist schon deshalb unmöglich, weil Haenisch gar nicht ausspricht, was er eigentlich will. Wogegen er sich so laut verschwört, das tut gerade er am eifrigsten: er redet darum herum, verschleiert, vertuscht, kurz er ist wirklich, was er gerade nicht sein möchte, die reine „Dreimollustenfroschnatur“.

Haenisch ist für die Hinausschiebung unserer Grenze nach Osten und für ein unabhängiges Polen. Daß diese beiden Forderungen im Widerspruch zu einander stehen, liegt auf der Hand. Wenn die Grenze hinausgeschoben wird, ist ein wirklich unabhängiges Polen unmöglich oder unerträglich. Wenn die Polen und die anderen Volksstämme Westrusslands unabhängig gemacht werden sollen, dann kann die Grenze nicht hinausgeschoben werden. Ist das klar?

Einen ähnlichen Gieranz vollführt Genosse Haenisch um Belgien. Er will „reale Sicherungen“, aber nur „solange solche Sicherungen unter Aufrechterhaltung des staatlichen Eigenlebens des belgischen Volkes erreichbar sind“. Wer wagt da wieder den Pelz? Von zwei Dingen ist doch nur eines möglich. Entweder das staatliche Eigenleben des belgischen Volkes wird wieder hergestellt, und dann werden uns die Belgier, wenn wir „reale Sicherungen“ verlangen, etwas pfeifen, oder aber wir pfeifen auf das staatliche Eigenleben der Belgier und führen die „realen Sicherungen“ ein, die wir zu brauchen glauben. Ein Volk durch drückende Bestimmungen zu erbittern und ihm dann noch die Selbständigkeit zu lassen, um sich feindselig zu betätigen, das wäre doch die reine Selbstmordpolitik. „Reale Sicherungen“ müssen entweder vollständig sein oder sie sind nur eine neue Gefahr.

Genosse Haenisch versucht zwischen der sozialdemokratischen Forderung des nationalen Selbstbestimmungsrechts und den Forderungen der Annexionisten auf einer ideal konstruierten mittleren Linie spazieren zu gehen. Eine solche mittlere Linie gibt es aber in Wirklichkeit nicht. Man muß den Mut haben, die eine Auffassung zu verneinen, wenn man die andere bejahen will. Hat man diesen Mut nicht, dann gerät man in den Verdacht, unter solcher Flagge zu segeln und mit dem Munde etwas anderes zu verkünden, als was man mit dem Herzen will. Man gerät in den Verdacht, Worte wie „Selbständigkeit“ und „staatliches Eigenleben“ als bloße Redensarten zu gebrauchen und mit ihnen Forderungen zu decken, die ihnen schamlos entgegengesetzt sind. Diesem Verdacht will sich die Partei nicht aussetzen!

Sie ist mit ganzem Herzen bei der Sache Deutschlands, die nach ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung nur als die Sache der Freiheit geführt werden kann. In der Freiheit des deutschen Volkes und in der Freiheit aller seiner Nachbarvölker erblickt sie die beste „reale Sicherheit“ sowohl für die Wahrung des künftigen Weltfriedens wie für die Erhaltung deutscher Macht und deutschen Ansehens. Und darum lehnt sie mit aller Entschiedenheit jede Gemeinschaft mit Bestrebungen ab, die auf eine Einschränkung fremder Volksfreiheiten hinauslaufen. Nach ihrem Wunsche soll ein siegreiches Deutschland Freiheit schaffen, wo sie fehlt, und jede Freiheit unangetastet lassen, wo sie besteht.

Daran sollte man nicht drehen und nicht deuteln. Man sollte es nicht, weil hier die Grenze ist, die ohne Verlassen sozialdemokratischer Grundsätze nicht überschritten werden kann, und man sollte es auch darum nicht, weil hier zwischen den sozialdemokratischen Grundsätzen und den Notwendigkeiten einer erfolgsverheißenden deutschen Kriegspolitik die voll-

kommenste Uebereinstimmung besteht. Ueber den militärischen Faktoren eines Zukunftskrieges sollte man doch die moralischen Faktoren des Gegenwartskrieges nicht aus dem Auge verlieren!

Haenisch hat ganz recht, wenn er sagt, daß die praktischen Annexionisten des feindlichen Auslandes viel gefährlicher sind als die deutschen Ueberannexionisten. Deswegen sind aber die Mittel- und Unterannexionisten, die sich vereinzelt in der Partei vorfinden, nicht ungefährlich für die Klarheit des Parteilebens. Sie haben wirklich etwas überschnell umgelernt, und es wird ihnen nicht schaden, wenn sie wieder ein bißchen zurücklernen. Ihr Versuch, die Partei auf allen allzuschärfen Kurven ihrer eigenen Entwicklung mitzureißen, wird nicht gelingen; die Parteilichkeit steht fest auf dem Boden des 4. August, sie tritt mit ganzem Herzen und voller Ueberzeugung für die Verteidigung Deutschlands ein und lehnt mit schärfster Bestimmtheit alle Pläne ab, die auf die Schaffung neuer fremdvölkischer Herrschaftsverhältnisse abzielen und lebendige Völker zum willenlosen Objekt diplomatischer Verhandlungen degradieren wollen.

Dem Leser ist es nicht übel zu nehmen, wenn er die Berichte von den Kriegsschauplätzen für viel wichtiger hält, als alle diese breiten Erörterungen über „den Fall, daß...“ Nachdem aber Haenisch gesprochen hat, ist es unmöglich zu schweigen. Nach meiner Ueberzeugung irrt Haenisch, wenn er glaubt, sich mit der Parteilichkeit in Uebereinstimmung zu befinden. Wo Haenisch steht, ist nicht die Mehrheit, und wo die Mehrheit steht, ist nicht Haenisch!

Friedrich Stampfer.

Zentralstelle „Völkerrecht“.

Deutsche Zentrale für dauernden Frieden und Völkerverständigung.

Uns geht folgender Aufruf zu:

Nachdem der „Deutsche Nationalausschuß“ und der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden“ den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet gehalten haben, sich mit Rundgedungen zu Kriegsziele an die Öffentlichkeit zu wenden, haben sich deutsche Männer und Frauen, die einen dauernden Frieden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und einer neu einzuleitenden Verständigungspolitik erstreben, zu einer deutschen Zentrale für dauernden Frieden unter dem Namen Zentralstelle „Völkerrecht“ zusammengeschlossen.

Der Friede, der diesen Krieg beendet, soll selbstverständlich nach der Auffassung der Zentralstelle die Freiheit des deutschen Volkes, die Unabhängigkeit des Deutschen Reiches, die Unerkennung des deutschen Bodens, die Wahrung der deutschen Interessen im Auslande und die Erhaltung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Volkes sicherstellen; aber er soll auch jede Gewähr der Dauer in sich tragen. Dazu ist erforderlich, daß er von allen Beteiligten als eine befriedigende Ordnung ihrer internationalen Beziehungen anerkannt werden kann, daß er also nicht die Unterlegenen durch gewaltsame Annexionen, durch Beeinträchtigung der Selbstbestimmung oder durch andere unerträgliche Bedingungen zur Vorbereitung eines Vergeltungskrieges nötigt, daß er zugleich wirksame Einrichtungen schafft für friedliche Erledigung künftiger internationaler Streitigkeiten auf dem Wege geordneter Vermittlung oder rechtlicher Entscheidung, und daß er damit der alten friedensgefährdenden Politik des Betrügens ein Ende setzt. Um einem solchen Frieden volle Wirksamkeit zu geben, muß ein neuer Geist das nationale und internationale politische Leben erfüllen. Die deutsche Zentrale „Völkerrecht“ ist der Ueberzeugung, daß im deutschen Volke wie bei allen anderen Kulturvölkern die Vorbedingungen für diese neue Politik gegeben sind, und daß nur ein solcher Friede der „Deutsche Friede“ im besten Sinne des Wortes sein würde.

Zweigstellen der deutschen Zentralstelle „Völkerrecht“ sind in allen Teilen Deutschlands gebildet oder in Bildung begriffen. Die Zentrale wird, sobald Freiheit für die Erörterung von Kriegs- und Friedenszielen gewährt ist, mit Rundgedungen an die Öffentlichkeit treten. Zustimmungserklärungen werden einstweilen erbeten an die Geschäftsstelle Charlottenburg, Kantstraße 159, Gartenhaus III.

- gez.: Professor Dr. Ernst von Aster, München.
- Warkowski, Bürgermeister a. D., Gumbinnen.
- Eduard Bernstein, M. d. R., Schöneberg.
- Adolf Bieh, Fabrikbesitzer, Kirchheimbolanden.
- F. Bloh, Rektor, Hamburg.
- Ehr. Carstens, Fabrikbesitzer, Groß-Flottbeck.
- Minna Cauer, Berlin.
- Hedwig Dohm, Berlin.
- Dr. August Erdmann, M. d. R., Köln.
- Rechtsanwalt Paul Esch, Rittergutsbesitzer, Köln.
- Arzel von Fielitz, Dresden.
- Edmund Fischer, M. d. R., Dresden.
- Professor Dr. Friedrich Wilhelm Förster, München.
- Professor Dr. Wilhelm Förster, Geheimer Regierungsrat, Bormin.
- Hellmut von Gerlach, Berlin.
- Silvio Gessell, Groß-Waltersfelde.
- Julius Hart, Jöhendorf.
- Justizrat Dr. Heilberg, Breslau.
- H. Hopf, Herausgeber der „Deutschen Wälder“, Rellingen.
- Professor Dr. Max Lehmann, Geheimer Regierungsrat, Göttingen.
- Sanitätsrat Dr. Leonhart, Stadtrat, Kiel.
- Dr. Friedrich Maas, Rechtsanwalt, Düsseldorf.
- Hermann Maier, Bankdirektor, Frankfurt am Main.
- Justizrat Melos, Leipzig.
- Dr. Hermann Michel, Leipzig.
- Ed. de Neuville, Frankfurt am Main.
- Hans Paasche, Kapitänleutnant a. D., Waldrieden.
- Dr. Rudolf Penzig, Stadtrat, Charlottenburg.
- Baron Karl Puttamer, Landrat a. D., Dresden.
- Dr. A. Quide, M. d. R., München.
- Professor Dr. Heinrich Röhrer, Frankfurt a. M.
- Professor Dr. Adolf Schmidt, Geheimer Regierungsrat, Potsdam.
- Professor Dr. Walter Schücking, Marburg.
- Fritz Schulz, Gutsbesitzer, Mallwitzschen.
- Friedrich Steudel, Pastor, Bremen.
- Dr. Oskar Stiilik, Dozent an der Humboldt-Akademie, Berlin.
- Dr. Helene Stöcker, Nikolaasse.
- Rut von Tepper-Vastl, Mittelmeister a. D., Berlin.
- Dr. Kurt Theising, Verlagsbuchhändler, Leipzig.
- Dr. Heinrich Freiherr Kaufmann von Trautenberg, Göttingen.
- Umsied, Stadtpfarrer, Stuttgart.

Politische Uebersicht.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Am Dienstagmorgens hat eine Besprechung des Reichskanzlers mit Vertretern der Reichstagsfraktionen stattgefunden. Der Reichskanzler besprach die gesamte politische Situation unter besonderer Berücksichtigung der Kriegslage. Der Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich äußerte sich in eingehender Weise über die Lebensmittelversorgung. Auf erfolgte Anfrage wurde ausdrücklich bestätigt, daß an eine Heraushebung der militärischen Altersgrenze zurzeit nicht gedacht werde, auch wurde über die Berufung des Reichstages gesprochen. Die erste Sitzung wird am 26. oder 28. September stattfinden. Die Besprechung dauerte fünf Stunden.

Hinausschiebung der Reichstagswahlen.

Bei den Beratungen, die gelegentlich der Anwesenheit des Reichskanzlers und des Staatssekretärs Dr. Helfferich im kaiserlichen Hauptquartier stattfanden, ist laut dem „Tag“, auch die Frage der Verlängerung der Legislaturperiode zur Sprache gekommen. Eine Vorlage der Verbündeten Regierungen ist mit Bestimmtheit in Kürze zu erwarten, ob sie aber schon bei der kurzen Tagung im September oder erst im November vorgelegt werden wird, steht noch nicht fest und hängt anscheinend davon ab, ob bis dahin eine Klärung der Kriegslage bestimmtere Schlüsse auf das Kriegsende zulassen wird. In Frage kommen dürfte eine Verlängerung der gegenwärtigen (13.) Legislaturperiode um ein Jahr, d. h. bis zum 12. Januar 1918.

Zum Diebstahlprozeß

wird gemeldet:

Im Prozeß gegen den Abgeordneten Rechtsanwalt Dr. Karl Diebstahl haben nunmehr in letzter Stunde sowohl der Gerichtsherr als auch der Angeklagte gegen das Urteil des Oberkriegsgerichts vom 23. August Revision eingelegt. Der Gerichtsherr hat gutem Vernehmen nach von dem Rechtsmittel der Revision Gebrauch gemacht, da, wenn die Sache vom Reichsmilitärgericht zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen würde, dem höheren Strafantrage des Vertreters der Anklage stattgegeben werden könnte. Der Angeklagte dagegen bestreitet nach wie vor, Kriegsverrat begangen zu haben.

Eine nationalliberale Rundgebung.

Wir berichteten kürzlich, daß die „Kölnische Ztg.“, eines der führenden Organe der nationalliberalen Partei, sich gegen den schärfsten Aufruf ausgesprochen hat, in schroffem Gegensatz zu der „Nationalliberalen Korrespondenz“, dem offiziellen Organ der Partei, die den Aufruf des „Unabhängigen Ausschusses“ mit warmen Worten begrüßte. In dieser Haltung der „Köln. Ztg.“ schreibt nun die „Nationalliberale Korrespondenz“ (nach dem „Deutschen Anzeiger“):

„Es bleibt und einigermaßen schleierhaft, was die „Köln. Ztg.“ eigentlich gegen uns in Hornich versteht. Unsere Zustimmung erteilten wir, wie die „Köln. Ztg.“ selbst vermerkt, in erster Linie der Wählung (?) des Aufrufes, der nichts vom Geiste der sogenannten Ueberannexionisten verströmen läßt (?) und deshalb verständlich war. Indem wir ausdrücklich feststellten, daß die Forderungen des Aufrufes auf derselben Linie marschieren, die der Kanzler durch seine Rede am 5. April gezogen habe, gaben wir sicherlich keinen Beweis „alldeutscher“ Einseitigkeit. Wir wüßten auch nicht, daß die im Aufruf ausgesprochenen Kriegsziele innerhalb der Partei von irgend einer Seite abgelehnt würden, führten sogar ausdrücklich die Zustimmung des „Leipz. Tagebl.“ an, weil es bisher „am meisten vor jedem Ueberhang in den Kriegszieleforderungen gewarnt“ habe. Schließlich gaben wir unsere Zustimmung auch der Forderung nach rückhaltloser Anwendung aller Macht- und Kampfmittel, eine Forderung des Aufrufes, von der die „Köln. Ztg.“ aber überhaupt nicht Vermerk nimmt. Wir wissen deshalb wirklich nicht, was die Anpassung eigentlich soll. Wir haben uns mit unzerer in gemäßigter Tonart gehaltenen Stellungnahme jedenfalls nur auf den Boden der Anschauungen bewegt, die seit Kriegsbeginn die nationalliberale Partei in allen ihren Rundgedungen vertreten hat. Diese amtliche Politik ist aber allein für die Haltung der „Nationallib. Korr.“ maßgebend. Abweichende Meinungen der „Köln. Ztg.“ können an dieser Tatsache nichts ändern.“

Der Hinweis der „K. Z.“ auf die Uebereinstimmung ihrer Haltung mit der „amtlichen Politik“ der nationalliberalen Partei ist zurecht. Nichtsdestoweniger weist die abweichende Stellungnahme der „Köln. Ztg.“ darauf hin, daß die „amtliche“ Parteipolitik der Instanzen auch in der nationalliberalen Partei keineswegs die gesamte Partei hinter sich hat.

„Nachher...“

In einem Artikel über „Deutsche Zukunft“ schreibt Genosse Wolfgang Heine im „Berl. Tageblatt“ unter anderem: „Alle müssen sich bemühen, die Erregungen und Verbitterungen, die im Kriege nicht ausbleiben können, nicht als verhängnisvolles Erbe in die neue Zeit hinüberzunehmen. Volles Recht wird der nationale Stolz haben, der sich seiner Opfer für die Erhaltung des Volkes erinnert; aber er wird auch die Berechnung vor dem Selbstentwurf bei den Feinden nicht vergessen. Und der Stolz der neuen Zeit kann allein die friedliche Arbeit der Völker in gegenseitiger Achtung voreinander sein. Und hier muß doch gesagt werden, daß die Katastrophe vielleicht hätte vermieden werden können, wenn nicht in allen Völkern unverantwortliche Heer- und Schreier ihr Unwesen getrieben hätten. Jetzt im Kriege noch mögen sie das Maul doppelt weit aufreißen, die auswärtige Politik beim Friedensschluß und nachher aber wird damit beginnen müssen, diese Elemente rücksichtslos bloßzustellen und beiseite zu schieben.“

Nachher... Diese tröstliche Aussicht soll uns wohl darüber hinweghelfen, daß es in nicht unwesentlichem Maße die Politik Heines und seiner Freunde gewesen ist, die den „unverantwortlichen Heern und Schreier“, die nachher beiseite geschoben werden sollen, in den Sattel geholfen hat.

Auch ein Zukunftsprogramm.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: „Wie Herr Prof. Goeyck, Mitarbeiter der „Kreuz-Zeitung“, sich den dauernden Frieden denkt, erläuterte er in einem Vortrage am 2. September in der hiesigen „Konservativen Vereinigung“. Der Vortrag selbst bewegte sich im Rahmen

der bekannten Nebenwörter. Bemerkenswert war aber folgender Satz:

„Wir — die Konfessionen — erstreben einen dauernden Frieden. Unter dauernd verstehe ich 20—25 Jahre, nicht wie die Philister einen Frieden auf Jahrhunderte hinaus. Unsere Entel mögen für sich selbst sorgen.“

Noch einmal: Kriegs-Christentum.

Wir gaben in unserer Sonntagsnummer den Ausdruck des Generalsuperintendenten von Schleswig D. Theodor Raftan wieder:

„Möchten noch hundert Zeppeline England heimsuchen! Das wird wie nichts anderes dem Weltfrieden und der Zukunft dienen.“

Hierzu bemerkte der „Reichsbote“: „Das ist auch uns aus der Seele gesprochen.“ Das Berliner Zentrumorgan, die „Germania“, stimmt nun diesem Ausdruck begeistert bei:

„Diese eine Stimme für viele, die in der deutschen Volkseele ein tausendfältiges Echo finden, möchten wir gerade heute erwähnen, weil der „Vorwärts“ glaubt, eine solche Auffassung als „Kriegs-Christentum“ brandmarken zu können. Demgegenüber möchten wir ganz entschieden die Auffassung bekämpfen, als sei der Luftkampf, obgleich im allgemeinen eine kriegsrechtlich durchaus begründete, England gegenüber aber in unserem Fall aus sattem bekannten Gründen doppelt gerechtfertigte Maßnahme, etwas vom Christentum zu Verwerfendes. Davon kann keine Rede sein. Gewiß, dem Christen ist der Krieg eine bittere und schwere Prüfung Gottes, um deren Abklärung er von Herzen bittet und fleht, aber das kann und darf ihn nicht hindern, sich als Werkzeug Gottes in demselben Krieg zu betrachten und pflichtgemäß alle ihm zu Gebote stehenden erlaubten Mittel anzuwenden, um seinem Volke und seiner gerechten Sache den vollen Sieg zu erringen.“

Auch diese Äußerung können wir nur unter derselben Rubrik wie die oben angeführten registrieren: Kriegs-Christentum! (2)

Landtagerversammlung.

Bei der am Mittwoch vorgenommenen Landtagerversammlung für den Wahlkreis Colmar-Garnikau-Flehe-Schneidemühl wurde Sommerjant Willoper-Colmar (fl.) mit 205 Stimmen zum Nachfolger des verstorbenen Landtagsabgeordneten Wierck gewählt. Oberbürgermeister Dr. Krause-Schneidemühl (fl.) erhielt 139 Stimmen.

Das tägliche Brot.

Teilweise Verschiebung des Inkrafttretens der Eierverordnung.

Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Das Inkrafttreten der Vorschriften der Eierverordnung (Reichs-Gesetzbl. S. 927) über den Erlaubnisschwang der Küstler (§ 5 und 6 der Verordnung), die Kennzeichnungspflicht beim Postversand (§ 10) und dem Verbot der Ausweitung bei diesem und dem Bahnversand (§ 11) ist durch Bekanntmachung im Reichs-Gesetzbl. S. 991 vom 1. auf den 18. September d. J. hinausgeschoben worden, da sich die Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Vorarbeiten in einigen Teilen des Reiches nicht ermöglichen ließen und Störungen in der Eierversorgung vermieden werden mußten.

Wissend zum 18. September dieses Jahres können demnach Eier, sofern nicht in einzelnen Bundesstaaten schon seit längerer entgegenstehende Bestimmungen bestanden, von jedermann ohne Kennzeichnung und Vorlage eines bezüglichen Ausweises mit der Post zur Versendung gebracht werden.

Kritik am Kriegsernährungsamt.

Anknüpfend an die Antwort des Reichsländers auf die Eingabe der Generalkommission und des Parteivorstandes über die Ernährungsfrage, läßt die „Freisinnige Zeitung“ scharfe Kritik an der Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes. Das Blatt meint zutreffend, der englische Ausbungerungskrieg sei eine Tatsache, die sich durch keine noch so leidenschaftliche Erörterung beseitigen lasse. Durch eine vorurteillose Besprechung der Ernährungsfragen würden Mißstimmungen nicht erregt, sondern gerade beseitigt werden.

„Denn nicht dagegen richtet sich der Unwille, daß infolge unserer Abiperrung vom Ausland dieses oder jenes Ernährungsmittel gar nicht oder nicht in genügender Menge vorhanden ist, sondern dagegen, daß die Nahrungsmittel, die das Ausland hervorbringen kann, nicht genügend produziert und, soweit sie vorhanden sind, nicht sachgemäß und zu angemessenen Preisen verteilt werden.“

Von diesem Gesichtspunkt aus läßt dann das liberale Blatt eingehende Kritik an der gesamten Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes und schließt mit den Worten:

„Wenn in einigen Wochen der Reichstag zusammentreten wird, dann wird Herr v. Batocki den Abgeordneten Rede und Antwort stehen müssen und wir sehen voraus, daß es eine nicht leichte Prüfung, sondern ein Examen rigorosum sein wird. Das Kriegsernährungsamt ist bei seiner Begründung von allen Seiten mit größtem Wohlwollen begrüßt worden, heute kann man seine Lobredner an den Fingern herzählen. Wir wissen sehr wohl, daß eine staatliche Behörde, auch die intelligenteste und bestgeleitete, es niemals allein recht machen könnte. Ob aber die vielen Fehler, die das Kriegsernährungsamt sich hat zuschulden kommen lassen, notwendig oder auch nur entschuldbar waren, das wird eine eindruckliche parlamentarische Kontrolle hoffentlich nach allen Richtungen hin feststellen.“

Diese scharfen Worte der „Freis. Ztg.“ sind gewiß berechtigt. Daß es aber zu den von ihr gerügten Zuständen gekommen ist, ist zum Teil auch eine Folge des Verhaltens der Partei, die die „Freis. Ztg.“ vertritt. Sie erinnert in ihrem Artikel daran, daß als Genosse Hoffmann in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses am 24. Juni eine Erörterung der Ernährungsfragen beantragte, der Abgeordnete Dr. Pachniz auf das neugeschaffene Ernährungsamt hinwies und „unter dem Veil des Hauses“ ausrief: „Wir wollen vom Kriegsernährungsamt jetzt Laten sehen!“ Jetzt allerdings soll die so vertrauensvoll begrüßte neue Behörde Rede und Antwort stehen. Wäre es aber nicht erprießlicher gewesen, seinerzeit den sozialdemokratischen Antrag auf Erörterung der Ernährungsfragen im Plenum anzunehmen, anstatt zuerst alle Hoffnungen auf Herrn v. Batocki zu setzen, und ihn dann mit theatralischer Geste vor die Schranken des Parlaments zu fordern?

Aus der Partei.

Die Berliner Parteigenossen und die Reichskonferenz.

Die Berliner Parteigenossen nahmen am Dienstag in einer Anzahl von Versammlungen Stellung zu der geplanten Parteikonferenz.

Der Wahlverein für den ersten Berliner Wahlkreis hielt seine Versammlung bei Stein, Stralauer Brücke 3 ab. Nach kurzen Ausführungen des Genossen Petermann über die bevorstehende Reichskonferenz sprach sich die Versammlung für die Befreiung derselben aus. Als Delegierter wurde Genosse Petermann gewählt.

Der zweite Wahlkreis hielt seine gutbesuchte Versammlung in der Viktoriabrauerei in der Bülowstraße 111 ab. Nach einer oft von lebhafter Zustimmung der Versammelten unterbrochenen Rede des Genossen Eduard Bernstein wurde als Delegierter zur Reichskonferenz Genosse Jacobowski mit 194 Stimmen gewählt, als Ersatzmann Genosse Schwahn mit 192 Stimmen. Der von den Anhängern des Parteivorstandes vorgeschlagene Genosse Schröder blieb mit 76 Stimmen im Hintertreffen.

In der Generalversammlung des dritten Kreises hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Bogherr das Referat, in dem er sich besonders dagegen wandte, daß die Fraktionsmehrheit die wichtigsten Fragen von der Tagesordnung der Reichskonferenz ausgeschlossen wissen wolle. Der nächste Parteitag werde aber entscheiden, ob die Partei zu ihrer alten Politik zurückkehren wolle, die dem Programm und den Beschlüssen der Parteitage entspreche. Die Versammlung wählte dann als Delegierten zur Reichskonferenz den Genossen Bruun und als Ersatzmann den Genossen Budde. Ferner wies der Vorsitzende noch darauf hin, daß die Bezirksführerkonferenz beschlossen habe, die Zahlende möchten erwägen und beschließen, daß ein vierteljährlicher Extrabeitrag von 10 Pf. erhoben werde, um die Finanzen des Kreises besser zu gestalten.

Die Generalversammlung des vierten Kreises war sehr stark besucht, sie fand unter polizeilicher Kontrolle statt. Genosse Büchner erläuterte kurz die Situation in der Partei und kam zu dem Schluß, daß wir, auch wenn wir gegen ihre Abhaltung protestieren haben, die Reichskonferenz beschicken müssen. Nachdem mehrere Redner für die Beteiligung gesprochen, wurde die Wahl von drei Delegierten vorgenommen. Gewählt wurden die Genossen Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann und Genossin Margarete Engels. In die Rechnerkommission wurde an Stelle des bisherigen Kreisvertreters Böhm der Genosse August Dietrich gewählt. Schließlich wurde unter großem Beifall eine Resolution angenommen, die dem Genossen Liebknecht die Sympathie der Versammlung ausdrückt.

In der Generalversammlung des sechsten Wahlkreises, die ebenfalls polizeilich überwacht wurde, erörterte der Genosse Karl Leid als Vorsitzender die Gründe, die für und gegen eine Beschickung der Parteikonferenz sprechen. Er kam zu dem Schluß, daß auch die Opposition auf der Parteikonferenz vertreten sein müsse. Derselben Meinung waren auch die sonstigen Redner bis auf einen, der mobilisierend vorkam, der sechste Kreis möge auch einen Anhänger der Fraktionspolitik in der Person des Genossen Umlauf auf die Konferenz entsenden. Gewählt wurden schließlich mit überwaltigender Majorität die Genossen Karl Leid mit 467, Gustav Lautant mit 300 und Jacob Walcher mit 236 Stimmen. Der sechste Kreis wird also rein oppositionell vertreten sein; auf Umlauf entfielen insgesamt 14 Stimmen. — Die Versammlung drückte schließlich noch dem Genossen Liebknecht ihre Sympathie aus.

Sozialdemokratische Rundgebungen.

In einer sehr stark besuchten Versammlung in Danzig sprach Abg. Scheidemann am 1. September über Krieg, Volk und Frieden. Die Versammlung war von etwa 4000 Personen besucht, die der vorgeschlagenen Resolution einstimmig zustimmten.

In Wittweida (16. sächsischer Wahlkreis) sprach vor einer sehr stark besuchten Versammlung der Vertreter des Kreises im Reichstag, Abg. Stüdemann, über Ernährungsfragen und Friedensausichten. Eine Resolution, die sich mit dem Referat deckte, fand einstimmig Annahme.

In Nordböhmen fanden außer den Versammlungen, über die bereits berichtet wurde, noch weitere Versammlungen statt, in Schwabach und Ansbach, wo Abg. Hielt referierte; ferner in Rüggen, Hohenstein, Heibitzsch bei Würzburg und Amberg. Weitere Versammlungen sind in Aussicht genommen.

In Bonn sprach am Sonnabend Genosse Sollmann über „Volk, Krieg, Frieden“.

In einer am Sonntag in Leipzig-Stötteritz tagenden, von 5000 Personen besuchten Versammlung referierte Abg. Genosse Lipinski. Im Waldenburger Industriebezirk (Schlesien) fanden am Sonntag drei insgesamt von 1800 Personen besuchte Volksversammlungen statt. (2)

Aus den Organisationen.

Zur Reichskonferenz nahmen am Sonntag, den 3. September, drei Generalversammlungen der Sozialdemokratischen Vereine im östlichen Westfalen und Lippe Stellung. Einstimmig wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Konferenz zur Ausgleichung der vorhandenen Gegensätze in der Partei beitragen werde. Die Organisation ist in fast allen Orten erhalten geblieben. Die vorhandenen Kräfte sollen zur Erhaltung der Parteistrukturen noch mehr zusammengefaßt, der Kriegsernährungsamt soll volle Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Generalversammlung für den Wahlkreis Dielefeld-Wiedenbrück in Dielefeld wählte die Genossen Hoffmann und Jenker, die für Herford-Halle in Herford Genossen Schläter, die für das Fürstentum Lippe in Detmold Genossen Pieper zu Delegierten.

Totenliste der Partei.

Im Alter von 54 Jahren ist am Sonnabend nach längerem Leiden Genosse Adolf Sandheim in Gera gestorben. Sandheim war Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins von dessen Begründung an. In dem vorher bestandenem Arbeiterbildungsverein war er eine Zeitlang Vorsitzender. In vielen Vorträgen in den Arbeiterbildungsvereinen und später in den Ortsverwaltungen brachte der Verstorbene seine vielseitigen literarischen Kenntnisse zum Ausdruck. Eine Zeitschrift war er auch Theaterregisseur der „Reichlichen Tribüne“. Im Jahre 1913 wurde Sandheim von der damaligen Mehrheit des Gemeinderates zum unbesoldeten Stadtratmitglied gewählt, die Wahl aber vom Ministerium wegen der Zugehörigkeit Sandheims zur Sozialdemokratischen Partei nicht bestätigt. Auch als Gemeinderatskandidat war Sandheim mehrfach aufgestellt. Sein rechtschaffener Charakter und seine treue Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei sichern dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken!

Aus Industrie und Handel.

Zuckererträge.

Die Zuckerraffinerie Halle hatte, wie dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen von einem Fachmann geschrieben wird, laut Geschäftsbericht 1913/14 1 200 000 Doppelpentner Rohzucker verarbeitet und 921 000 M. als Rohgewinn erzielt, mithin etwa 90 Pfennig auf den Doppelpentner Rohzucker. Auf das Aktienkapital von 6 Millionen Mark wurden 10 Proz. Dividende, gleich 600 000 M. bezahlt, 200 000 M. sind für Abschreibung verwendet worden, etwa 106 000 M. erhielten Aufsichtsrat, Vorstand, Beamte und Arbeiter, und der Rest wurde auf neue Rechnung vorgetragen. — Das erste Kriegsjahr 1914/15 zeigt folgendes Bild: Bei einer Verarbeitung von nur 836 896 Doppelpentner Zucker wurden aus dem (nicht angegebenen) Rohgewinn gezahlt: 25 Prozent Dividende auf 6 Millionen Mark gleich 1 500 000 M.; Vergütung an die Angehörigen der im Felde stehenden Beamten und Arbeiter 155 000 M.; für allgemeine Wohlfahrtszwecke (nicht angegeben); für Kriegshilfe aller Art 200 000 M.; Gewinnanteil des Aufsichtsrats (nicht angegeben); Abschreibungen (nicht an-

gegeben); Vortrag auf neue Rechnung 334 000 M. Also insgesamt 2 189 000 M. Nimmt man mit Rücksicht auf die Höhe des Gesamtgewinnes die nicht angegebenen Einzelgewinne in obiger Reihenfolge mit mindestens 100 000, 200 000 und 511 000 M., also zusammen mit 811 000 M. an, so betrug der Rohgewinn rund 3 000 000 M., das heißt 50 Proz. des Aktienkapitals. Das ergibt für den Doppelpentner verarbeiteten Rohzucker 3,60 (!) Mark gegen 90 Pf. im Vorjahre. Die maßgebenden Stellen werden hieraus hoffentlich den allein zulässigen Schluß ziehen! Herunter mit den Verbrauchszuckerpreisen!

Konventionalstrafe gegen Lieferantenwechsel.

Eine neue Handelsblüte hat der Krieg hervorgerufen: Der Großhandel verpflichtet seine Kundschaft, den Kleinhandel gegen Konventionalstrafe zu langjähriger Bezugspflicht. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen ist in der Lage, folgenden Vordruck wiederzugeben:

Verpflichtungsschein.

Nachdem die Firma S. Thalmann u. Schwab m. b. H., Frankfurt a. M., mir die Preise für die Zeit des Krieges nicht erhöht, verpflichte ich mich gegen Konventionalstrafe von 100 (Einhundert) Mark für jeden Uebertretungsfall auch nach dem Kriege sämtliche Waren, die obige Firma in den Verkehr bringt, zu fähren, und keine anderen diesbezüglichen Koffer-Fabrikate in meinem Geschäft zu verkaufen.

Hochachtend

Name: Geschäft: Wohnung: Gegen diese Firma ist Anzeige erstattet worden. Es wäre wünschenswert, was der Handel selbst oder seine gesetzlichen Vertretungen gegen diesen Verstoß wider die Gewerbefreiheit zu unternehmen gedenken. Nach der bisherigen entschiedenen Haltung dieser Kreise zugunsten von Konventionalstrafen in Konkurrenzklauen für ihre Angestellten wird man aber wohl folgerichtig den Schutz der berechtigten Kleinhandelsinteressen in erster Linie den Verbrauchern anvertrauen müssen.

Soziales.

Deutscher Armenpflegekongress.

Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit, der bereits einmal während des Krieges im April 1915 mit einer Kriegstages „Soziale Fürsorge für Kriegserwitwen und -Waisen“ an die Öffentlichkeit getreten ist, wird sich auch auf seiner am 15. und 16. September in Leipzig stattfindenden 34. Jahresversammlung mit Fragen der Kriegsfürsorge beschäftigen. Gegenstand der Verhandlungen wird die Armenpflege nach dem Kriege sein. In einer Einleitung wird zunächst Bürgermeister Dr. Weber (Leipzig) die Stellung erörtern, die der öffentlichen Armenpflege während des Krieges zugewiesen worden ist. Daran anschließend wird Verwaltungsdirektor Dr. Baum-Strasbourg das Hauptreferat über die öffentliche Armenpflege nach dem Kriege erstatten und hierbei sowohl die besonderen Verhältnisse der Uebergangszeit, die Ueberleitung von der Kriegs- in die Friedensarbeit, als auch die weiteren Zukunftsaufgaben der öffentlichen Armenpflege und ihre Abgrenzung gegenüber denen der Sozialpolitik und der privaten Liebeshätigkeit zur Darstellung bringen. Dr. Siegfried Kraus-Frankfurt a. M., der Leiter der Frankfurter Hinterbliebenenfürsorge, und Landesrat Dr. Horton-Düsseldorf werden in ergänzenden Berichten sich mit den besonderen Aufgaben der Kriegshinterbliebenen- und der Kriegsbeschädigtenfürsorge beschäftigen.

Der Tagung vorangeschickt wird ein Bericht über den Arbeitsausbau der Kriegserwitwen- und Waisenfürsorge, der von dem Vorredner Prof. Dr. E. Franke-Berlin und der Geschäftsführerin Fräulein Helene Simon erstattet werden wird.

Ausführliche Tagesordnungen sind durch die Geschäftsstelle des Vereins, Berlin SW 11, Bernburger Str. 24/25, zu beziehen.

Verhöre gegen den Malerzunft.

Der Reichstaxi der Maler enthält eine Bestimmung, wonach bei auswärtigen Arbeiten, die vom Eig der arbeitgebenden Firma so weit entfernt sind, daß die Arbeiter im Arbeitsort übernachten müssen, eine Landzulage gezahlt werden muß. Der Berliner Malermeister Gebhardt, der Arbeiten auf dem Neubau der Pulverfabrik in Plauen a. S. auszuführen hat, fand einen Weg, auf dem er diese Tarifbestimmung umgehen kann. Wenn sich bei Gebhardt in Berlin ein Maler um Arbeit bewirbt, dann erhält er die Antwort: In Berlin habe ich keine Arbeit. Aber wenn Sie nach Plauen fahren wollen, dann werden Sie dort eingestellt. Natürlich fährt der Arbeitsuchende nach Plauen, denn der Arbeitsmarkt liegt für die Maler nicht so günstig, daß sie sich eine Arbeitsstelle nach Belieben aussuchen können. In Plauen wird der Arbeitsuchende vom Polier oder vom Geschäftsführer des Malermeisters Gebhardt eingestellt. Wenn er Anknüpfung auf die Landzulage erhebt, dann beruft sich Gebhardt auf eine andere Bestimmung des Reichstaxi, welche besagt, daß am Arbeitsort Zugereichte und dort Eingestellte keinen Anspruch auf die Landzulage haben.

Außer dieser Differenz ergibt sich noch eine andere aus dem Arbeitsverhältnis in Plauen. Es wird dort regelmäßig Ueberstunden- und Sonntagsarbeit geleistet, wofür nach dem Tarif ein Zuschlag bezahlt werden muß. Gebhardt zahlt aber keinen Zuschlag. Er läßt von jedem Arbeiter ein Schriftstück unterzeichnen, wodurch sich der Arbeiter bereit erklärt, Ueberstunden- und Sonntagsarbeit für den gewöhnlichen Stundenlohn, also ohne Zuschlag, zu leisten. Diese Vereinbarung ist ein offener Verstoß gegen den Reichstaxi, denn dieser bestimmt, daß Vereinbarungen, welche dem Tarif zuwiderlaufen, nichtig sind.

Dieser Sachverhalt kam in der letzten Sitzung des Innungs-schiedsgerichts zur Sprache, wo vier Maler, vertreten durch den Vorsitzenden der Berliner Filiale des Malerverbandes, gegen Gebhardt auf Nachzahlung der Landzulage sowie des Zuschlages für Ueberstunden und Sonntagsarbeit klagten. In einer Entscheidung kam das Schiedsgericht noch nicht, weil die Zahl der Ueberstunden und Sonntagsarbeit streitig ist und hierüber Beweis erhoben werden soll. Auch sollen die Kläger nachweisen, daß sie zurzeit ihrer Einstellung in Berlin wohnten.

Der verhängnisvolle Vorschlag.

Ein Akkordmaler M., der bei einer Kaufirma als Kolonnenführer beschäftigt war, wurde zum Militär eingezogen, ehe der von ihm übernommene Akkord fertiggestellt war. M. übergab seine Kolonnenführerstelle einem Maurer S.; diesem teilte er aber nicht mit, daß er, M., auf die noch auszuführende Arbeit einen Vorschuß von 100 M. genommen hatte. Auch seitens der Firma ist dem neuen Kolonnenführer S. beim Antritt seiner Stellung nichts davon gesagt worden, daß sein Vorgänger den Vorschuß erhalten hatte. Erst bei der Lohnzahlung erfuhr S. von dem Vorschuß, den die Firma auf die nach seinem Eintritt geleistete Arbeit verrechnete. Da S. Gewererecht, wo S. um Zahlung der 100 M. klagte, wies diese Forderung ab mit der Begründung, es liege ein Verlehen des Klägers vor, denn er sei schuldlos in einen fast beendeten Akkord eingetreten, ohne sich über die Lage desselben unterrichtet zu haben. Eine Lohnforderung bestehe nicht mehr, denn die Firma habe ja den der Kolonne zustehenden Lohn bezahlt. Es bleibe dem Kläger überlassen, sich wegen der 100 M. an seinen Vorgänger M. zu halten, der fast betrügerisch gegen den Kläger gehandelt habe.

Die Preispolitik der Stadt Berlin.

Genosse Robert Schmidt schreibt uns: Die Verteidigung eines Preisausschlags von 2 M. für den Zentner Kartoffeln für die Bemühungen des Handels und der Stadt, die der Genosse Wurm unternimmt, kann ich nicht unbedingtenfalls loben.

Ich konnte nach der sehr bestimmten Notiz, die für die Presse aus dem Bureau des Magistrats verhandelt wurde, nur annehmen, daß die Bevölkerung so langsam auf den Preis von 6 M. für die Kartoffeln vorbereitet würde. Was sollte denn auch die Bekanntgabe der Kalkulation, die ohne die Preisprüfungsstelle erfolgt war, für einen andern Zweck haben?

Genosse Wurm erklärt, der Magistrat werde noch die Preisprüfungsstelle befragen. Das genügt mir nicht. Vorher war die Preisprüfungsstelle so hören, nicht nachher, wenn der Magistrat mit seiner Kalkulation im reinen ist.

Während der ganzen Kartoffelpreistreibezeit, unter der die ärmere Bevölkerung schwer zu leiden hat, ist zu keiner Zeit ein Aufschlag von 2 M. zu dem Erzeugerpreis gefordert worden. Diesen Aufschlag zu erreichen, blieb dem Berliner Magistrat vorbehalten.

Ich stelle nochmals fest: Die Berechnung einer Fracht von 80 Pf. für den Zentner Kartoffeln ist auch nach den bisherigen Frachtsätzen viel zu hoch; es werden im Durchschnitt kaum 20 Pf. erreicht.

Die Abnahmehöhe von 15 Pf. übersteigt weit die Höhe, die einem „ehelichen“ Handel zugewiesen werden können. Der Handel hat zu Friedenszeiten an seine Kommissionäre für den Kauf und Ueberwachung der Ablieferung 5 bis 10 Pf. pro Zentner berechnet. Der Magistrat berechnet allein 15 Pf. für die Ablieferung. Diese 15 Pf., die der Magistrat ansetzt, fallen doch wohl dem Großhandel zu, es sei denn, daß Magistratsbeamte mit der Kontrolle beauftragt werden, was ich nicht annehme. Der Kleinhandel erhält nicht die 75 Pf. pro Zentner Aufschlag, um die Steine und den Sand in Abrechnung zu bringen, wie Genosse Wurm behauptet, sondern die Preisprüfungsstelle hatte dem Großhandel die hohen Zuschläge im März vorigen Jahres bewilligt unter der Bedingung, daß dem Kleinhandel nicht Sand und Steine zugewogen würden. Dieses Manöuvre sollte der Großhandel tragen. Aber der Magistrat hat sich um die Innehaltung dieser Anforderung nie gekümmert, trotzdem in der Preisprüfungsstelle fortgesetzt die bedrückendsten Klagen laut wurden. Wenn dem Kleinhandel, wie es wiederholt vorgekommen ist, 10 Pfund Steine und Sand bei einem Zentner Kartoffeln zugewogen wird, so gehen die 75 Pf. Nutzen nahezu restlos verloren. Die Folge ist, daß sich der Kleinhandel wieder an dem Konsumenten schadlos hält.

Daß der Berliner Magistrat nicht billiger die Organisation des Handels betreibt als der Handel selbst, diese Beweisführung möchte ich nicht erschüttern, ich glaube nur, das ist auch der Zweck der Uebung. Schließlich will doch der Berliner Magistrat nicht den Kaufmann liefern, daß er eine bessere und billigere Versorgung betreiben kann als der Handel. Das liegt seiner ganzen volkswirtschaftlichen Auffassung fern. Ich bin überzeugt, daß bei einer guten Organisation die Spätkartoffeln an die Konsumenten so im Preise festgesetzt werden können, daß sie bei Abnahme von einem Zentner und mehr nicht über 4,75 M. pro Zentner und im Kleinhandel zu 5,50 M. abgegeben werden können.

Wie diese Preisverteilung zwischen Magistrat und Großhandel abgestimmt ist, dafür genügt der Hinweis, daß der Großhandel vor dem Kriege für 2 M. und 2,25 M. den Zentner Kartoffeln in der Markthalle verkauft hat. Heute kommt ein solcher Aufschlag fast restlos für den Magistrat und den Handel in Abrechnung.

Die Berechtigung eines solchen Anspruchs zu verteidigen, überlasse ich neidlos dem Genossen Wurm. R. Schmidt.

Aus Groß-Berlin.

Diebe!

Ueber das Laubengelände senkt sich die Dämmerung und mahnt die kleinen Kolonisten zum Aufbruch. Die Kinder tragen Blumenkränze in den Händen und trüppeln voraus, die Frauen folgen und schleppen Körbe, aus denen Gemüse und dergleichen herausguckt.

Mutter Lehmann steht vor der Gartentür und wartet ungeduldig.

„Nu mach' aba, Oller!“ ruft sie über den Statenzbaum hinweg ihrem Manne zu, dessen Kopf ab und zu hinter den Kronen der Sonnenblumen auftaucht.

„Herrje, nee, warte doch man,“ erwidert er, „id will doch bloß noch die Sonnenblumen runterbinden, sonst fressen mir se die Spaghen ab.“

So bindet er Kopf um Kopf herab, daß die Blumen ausseh'n, als wären sie „gehängt“ worden.

„Lehmann, haste Deine Bohnen schon abgenommen? Bei Strauß waren se jestern Nacht!“ tönt es vom Nachbargrundstück herüber.

„Die Best sollen se kriegen,“ antwortet Lehmann und wirft sich die Jacke über, „na, meine können se nich mehr kriegen, die sind schon in die Tasche verpackt.“

„Na,“ meint der Nachbar, „die hellen hab' id och alle abgenommen, aber die grünen laß' id noch hängen, die finden se im Düstern nich so leicht. Meinen frohen Kürbis will id mal bis Sonnabend stegen lassen, er kann noch selber werden, aber dann hol' id 'n, sonst kann id nachkochen. Id deß 'n jeden Abend mit Kohlblättern zu.“

„Halunken, wenn id er erwische, klopp id 'n uffs Jochdäms, det er 's Stiebigen lassen tut“, knurrt Lehmann noch und schließt die Türe. Die Nachbarn wünschen sich noch gute Nacht, dann wird es still ringsum. Die anderen Parzellen liegen bereits einsam und verlassen.

Lieser sinkt der Abend. Weit und breit kein Geräusch. Nur in der Ferne heult ein Hund, lang und andauernd. Sonst rührt sich nichts. Die Stunden verstreichen. Jrgendwo kündigt eine Turmuhr mit hallenden Schlägen die erste Morgenstunde an. Die Straße entlang nähern auf leisen Sohlen zwei dunkle Gestalten. Vor dem Laubengelände machen sie halt. Eine Weile lauschen sie, und da alles still bleibt wie zuvor, überklettern sie gewandt den Zaun und verlieren sich zwischen den Parzellen. Plötzlich knackt ein morscher Holzstab. Nicht weit davon wird eine Laubentür aufgestoßen.

„Diebe, Diebe!“ hallt es durch die Nacht. Ein Lichtschein flammt auf, überall wird's lebendig. Hunde brechen in wütendes Gebell aus, dazwischen gellen Frauenstimmen. Ueber Hecken und Stauden jagen zwei Gestalten, hinterdrein drei, vier — sechs — acht andere — wilde Schreie, dumpfe Flüche, — rechts — links, von allen Seiten schwillt der Lärm an, die Hunde klaffen — „Phylax, jah!“ „Sultan, hier —!“

Endlich hat die wilde Jagd ein Ende. Ein wirres Anäuel von Menschen wälzt sich am Boden — klaffende Schläge werden laut, dumpfes Aufheulen folgt, inzwischen erdittertes Schimpfen und wieder Schläge. Das ganze Laubengelände ist in Aufruhr. Aus den umliegenden Feldern nähern nordwärts gekleidete Menschen, manche mit Laternen, die wie Fackeln durch die Finsternis zittern. Schon wälzt sich von dem Laubgrundstück ein formloser Klumpen auf die Straße hinaus.

„Wir haben se gefaßt!“ tönt es ringsum. Ein paar Dugend Menschen folgen hinterher.

„Laßt uns doch los,“ bettelt eine weinerliche Stimme. „Jawohl, das könnte Euch so passen.“ Klingt's zurück. „Wir schinden uns und stecken unsere paar Kröten in's Land, und Ihr laut uns in der Nacht alles.“

„Habt Ihr nich meine grauen Karnickel gestohlen, Ihr Tageiebe?“ schreit eine rauhe Männerstimme.

„Und mir vier Hühner!“ ruft eine Frau. „Meine Bohnen haben se och jeholt,“ sagt ein alter Mann. Wieder fallen Schläge.

„Das waren wir ja jar nicht,“ kommt es weinend zurück. „Jawohl, ihr Unschuldigen, det kennen wa!“ Weiter geht der Zug die Straße entlang und verliert sich in der Dunkelheit. Dann wird es wieder still, und die Sterne blinken so friedlich am Himmel, als wäre überhaupt nichts geschehen.

Zur Kartoffellieferung.

Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt mit:

„Vielfach scheint die Meinung verbreitet zu sein, daß die für die Zeit vom 20. November bis 18. März 1917 bestimmten Kartoffeln, für die in diesen Tagen die Anmeldung auf den Brotkommissionen bis 2. September stattfindet, direkt vom Magistrat geliefert werden. Dies ist nicht beabsichtigt. Jeder, der sich mit Kartoffeln versorgen will, soll diese möglichst bei seinem Händler, bei dem er auch sonst seine Kartoffeln bezieht, einkaufen können.“

„Vielfach ist auch angefragt worden, ob der direkte Kartoffelbezug von außerhalb gestattet ist. Hierzu sei bemerkt, daß der Magistrat gegen den unmittelbaren Bezug von Kartoffeln vom Kartoffelerzeuger direkt ohne Zwischenhandel, z. B. vom eigenen Gut oder von Verwandten oder Bekannten und zwar zum eigenen Verbrauch ganz allgemein keine Einwendungen zu erheben hat, wenn der Landrat die Ausfuhr gestattet ohne Anrechnung auf die etwa von demselben Kreise an den Magistrat zu liefernde Menge. Wenn Anrechnung vom Landrat verlangt wird, muß die Genehmigung im einzelnen Falle vorbehalten werden. Jedem einzelnen muß überlassen bleiben, die Ausfuhrgenehmigung des zuständigen Landrats zu beschaffen. Wer Kartoffeln von außerhalb bezieht, ist aber verpflichtet, die entsprechende Anzahl Kartoffelarten an die zuständige Brotkommission zurückzugeben.“

Endlich ist noch das Bedenken entstanden, daß bei Abtrennung des entsprechenden Teiles der Kartoffelkarte gegen Empfang des Bezugscheines Schwierigkeiten entstehen können, wenn die für die Winterversorgung bestellten Kartoffeln nicht sofort bei den Händlern zu erhalten sind. Auch dieses Bedenken ist hinfällig, denn die Bezugscheine werden voraussichtlich bereits Ende September und Anfang Oktober ausgeteilt werden, während die auf die Bezugscheine zu empfangenden Kartoffeln bestimmt sind für den Verbrauch in der Zeit vom 20. November bis 18. März und für diese Zeit in Anrechnung kommen. Die für die laufenden Wochen geltenden Kartoffelarten bleiben also mit Gültigkeit für die Zeit bis zum 20. November in den Händen der Bezugscheineempfänger.“

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß jeder, der Kartoffeln lagert, die Einlagerung sorgfältig vorzunehmen und dauernd zu beobachten hat. Lustige, kühle und trockene Räume, vor Frostgefahr geschützt, in denen die Kartoffeln möglichst dunkel aufbewahrt werden, sind zur Lagerung geeignet. Die Bekanntmachung des Magistrats wegen Vorversorgung mit Kartoffeln erscheint heute und morgen nochmals an den Anschlagtafeln. Die Frist zur Anmeldung bei der Brotkommission läuft am 9. September ab.

Haferskostenabgabe. Wie im vergangenen Monat, so gewährt die Stadt Berlin auch im September allen Kindern bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre 1 Pfund Hafersoden. Die zur Empfangnahme berechtigenden Vorzugscheine werden von den Brotkommissionen am 7., 8. und 9. September ausgegeben, und zwar nach Straßenzügen. Die Verteilungspläne sind bei den Geschäftslokalen der einzelnen Kommissionen angeschlagen. Die Hafersoden sind in den im Stadtbezirk belegenen Apotheken gegen Abgabe der Vorzugscheine erhältlich.

Der Kriegsausgleich für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel. G. m. b. H. Berlin, macht den Kaffee- und Kaffee-Ersatzmittel-Handel auf folgendes aufmerksam: Es werden in letzter Zeit vielfach ausländische Kaffee-Ersatzmittel zu sehr hohen Preisen angeboten, welche dem Wert der Ware nicht entsprechen. Da in Deutschland für Kaffee-Ersatzmischungen Richtpreise festgesetzt sind, liegt es im Interesse der Firmen, welche ausländische Kaffee-Ersatzmittel einführen, die Angebote möglichst unter Vorlage von Mustern dem Kriegsausgleich vor dem Kauf der Ware zur Begutachtung einzusenden.

Arbeiterbildungsschule. In den heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts 3. Treppen stattfindenden wissenschaftlichen Einzelvortrag, in dem ein bedeutsamer Vorgang unserer Parteigeschichte behandelt werden soll, sei nochmals erinnert. Genosse Heinrich Ströbel wird über das Thema: „Das Braunschweiger Manifest“ (5. September 1876) reden.

Eintrittspreis 10 Pf.

Beim Papier der amtlichen Postkarten wird neuerdings darüber gellagt, daß bei Anwendung von Linienchrift die Buchstaben nicht immer die bisher gewohnte Deutlichkeit zeigen und auch bei Herstellung von Umbruden mit Kopierinte gewisse Erschwernisse auftreten. Diese Erschwernisse hängen nicht etwa mit Sparmaßnahmen der Postverwaltung zusammen, sondern sind, wie mitgeteilt wird, in Schwierigkeiten begründet, die sich bei Herstellung des Papiers in den Papierfabriken ergeben haben und die als eine unabwendbare Begleitererscheinung des Krieges hingenommen werden müssen.

Was das so sein?

Kondensierte Milch, Delfardinen und andere konservierte Lebensmittel in Blechbüchsen, die bei einem Lagerhausbrand in Tempelhof vor einigen Wochen leicht beschädigt wurden, gelangen jetzt täglich in einem Hause in der Dorotheenstr. gegenüber der Kriegsakademie zum Ausverkauf.

Ueber die Organisation dieses Verkaufs wird uns folgendes geschrieben:

Meine Frau hatte durch Zufall von diesem Verkauf erfahren. Da wir schon seit vielen Wochen keine Milch bekommen, hatten wir uns bisher immer für eine vierteljährige Familie mit kondensierter Milch beholfen.

In letzter Zeit ist auch diese nicht mehr erhältlich, und so entschloß sich meine Frau, nach der Dorotheenstr. zu dem oben genannten Ausverkauf zu gehen, um dort einige Dosen Milch zu erlangen. Als sie dort am Montag früh gegen 1/2 Uhr anlangte, stand schon eine lange Reihe von Käufern, die alle zu demselben Zweck erschienen waren. Dessen ungeachtet stellte sich meine Frau mit an. Mehrere Schenkleute hielten die Ordnung auf der Straße aufrecht. Der Verkauf ging, wie meine Frau beobachtete, folgendermaßen vor sich. Ein Schenkmann verteilte von Zeit zu Zeit Karten an die vorne Stehenden. Nach einer Weile wurden die Nummern

ausgerufen, und dann die betreffenden Käufer in das Gebäude hineingelassen. Merkwürdig war es nun, daß die Frauen, welche auf der Straße warteten, wahrnehmen mußten, daß auch noch andere Leute erschienen, welche sich nicht angereicht hatten, aber schon im Besitze von Nummernkarten waren, einfach nach Vorzeigung der Karten hineingelassen wurden, um ihre Einkäufe bewerkstelligen zu können. Etliche von diesen Karteninhabern waren sogar im Auto gekommen, aus welchem sie in unmittelbarer Nähe der auf der Straße wartenden Frauen ausstiegen. Durch diesen Umstand wurde naturgemäß die Abfertigung der wartenden Frauen bedeutend verzögert und allmählich griff eine Empörung unter den Frauen Platz. Dem Schenkmann, welcher die Verteilung der Karten bis Mittag bewerkstelligte, gelang es durch bejammerte Worte den Unwillen der Frauen zu dämpfen. Nach und nach ging die Abfertigung vor sich. Der Unwille wurde aber wieder gesteigert, als zum Ueberflus auch einmal das Geschäft während der Mittagspause geschlossen wurde.

Nach Wiedereröffnung des Geschäftes wurde der Kartenverteilende Schenkmann durch einen anderen Kollegen abgelöst. Die Frauen mußten aber sofort wahrnehmen, daß dieser Beamte nicht in der ruhigen Weise zu Werke ging und daß er die Karten auch nicht in der Reihenfolge zur Verteilung brachte, wie dies am Vormittag geschehen war. Er gab zunächst den Leuten, welche an der Vordschwelle standen, Karten, dann auch an die später Erschienenen, welche sich auf der entgegengelegten Seite der Straße vor der Kriegsakademie aufgestellt hatten. Dadurch wurden die Frauen, welche bereits seit früh standen und jetzt bald an der Reihe waren, Karten zum Kauf in Empfang zu nehmen, hintenangelegt. Die Empörung des harrenden Publikums wurde hierdurch aufs äußerste gesteigert. Meine Frau hatte bis 1 1/2 Uhr nachmittags auf der Straße gestanden und gedroht, daß es ihr gelingen würde, in den Besitz von einigen Dosen Milch zu gelangen. Sie gab aber dann ihre Hoffnung auf und lehrte ganz erschöpft unvertichteter Sache nach Hause.

Eine solche Art der Verkaufsregelung scheint vollständig verfehlt. Kann der Verkauf dieser Waren hier nicht ebenfalls so vor sich gehen, daß die Beamten das Publikum zu vier Reihen aufstellen lassen, wie ich das so oft in Neuböden bei der Lebensmittelverteilung beobachtet habe und daß dann immer von Zeit zu Zeit 8—12 Personen abgeteilt in das Geschäft hineingelassen werden? Dadurch kommen die Käufer der Reihe nach zur Abfertigung. Auch unrichtige Erregung wird auf diese Weise vermieden.

Wenn nun aber in diesem Falle nach Nummern verkauft werden soll, warum werden dieselben nicht durch das Geschäft in bestimmter Anzahl einen Tag vorher ausgegeben und am nächsten Tage die Inhaber dieser Karten in beliebiger Weise zur Abfertigung zugelassen als wie dies in den Schlächtergeschäften heute geschieht. Meine Frau erklärte mir, daß sie eigenartige Gedanken bekommen habe über die Wohnnehmung, welche sie hier gemacht hat. Sie kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es immer noch Leute gibt, welchen es nicht so leicht an allem mangelt, die es aber dennoch verfehlen, auch diese Gelegenheit zum Hamletern zu benutzen.

Würde es nicht besser gewesen sein, wenn diese Waren den Gemeinden zum Verkauf an unmittelbare Personen überwiesen wären?

„Wenn die Nacht beginnt...“

Vor einigen Tagen waren in der Presse einige Frauen, die sich mit Kriegsgefangenen eingelassen hatten, öffentlich gebrandmarkt worden. Die „Kreuzzeitung“ findet nun, daß es manchmal notwendig ist, auch die Presse selbst an den Pranger zu stellen, und diesmal bescheidet sie dieses Los der „K. Z.“ am „Mittag“, die in ihrer Nummer vom 27. August 1916 unter der Stichmarke „Wenn die Nacht beginnt...“ folgendes schrieb:

„Unter dem Metropolttheater: „Wenn die Nacht beginnt...“ hat O. A. Alberts eine Reihe von 12 amüsanten Bildern über Launenhummer, Stoffersparnis, Butterpolonaise und Automangel vereinigt, die Rudolf Nelson in der ihm eigenen flüssigen, melodischen Weise vertont hat. Erstaunlich in Nelsons Künstlerpielen am Kurfürstendamm vor überfüllten Sektischalen. Auf der geschichtl. bezogenen Bühne eine Reihe liebenswürdiger Darstellerinnen, die in bester Laune ihre Lieder singen und ihre Weine schwingen. Allen voran Veith Darmann, die ehemalige Comédier der Behrenstraße, die hier auch ihren früheren Partner, den unverwundlichen Martin Keitner wiedergefunden hat. Dann die originale Käse Erich als „beronale Berta“, Trude Troll, die hübscher ist, je weniger sie anhat — und sie ist zuweilen sehr hübsch! — und Mia Werber mit einigen vorzüglichen Wieder-vorträgen. Von den Herren fällt neben Keitner, der sich von Robert Steidl den grauen Hut geborgt hat, Erich Schönfelder auf, der in jeder Type — so besonders als Eierkäufer mit dem Kochlöffel in der Markttasche oder als Kautschuque mit gemirreelten Spfen — seinen Mann findet. In der Garderobe summt man schon etwas von der „beginnenden Nacht“ und das ist immer der zuverlässigste Erfolgsbarometer.“

„Hier bleibt nichts anderes übrig — bemerkt dazu die „Kreuzzeitung“ — als dafür zu sorgen, daß der Sturm öffentlicher Empörung solche niedrigen Nachwerke wegfegt! Das anständige Berlin weiß sich außer Gemeinschaft mit einem derart pervertierten Publikum „vor überfüllten Sektischalen“, während draußen Tausende und aber Tausende unserer edelsten Männer und Jünglinge auch für diese... Sorte ihr Blut verzipfen sollen, und ungezählte edle Frauen und Jungfrauen den Ehrennamen der „germanischen Heldin“ neu bewahrheiten. Die Presse aber rüdt überwiegend — dessen sind wir gewiß! — mit einem laut vernehmlichen Ruf von solcher Schmiererei ab, die vor In- und Ausland unser gesundes Volksempfinden weit ekelhafter beschmutzt, als es ein einzelnes ehrverlesenes Frauenzimmer je zu tun vermag. Ihr bleibt in solchem Falle nur die traurige Pflicht übrig, auch ein sonst kollegial behandeltes Blatt an den Presse-Pranger zu stellen!“

Wir finden diese Kritik der „Kreuzzeitung“ etwas weilsremd. Uns erscheint es ganz natürlich, daß Leute, denen der Krieg mühelosen Reichtum in den Schoß wirft, sich den Teufel darum scheren, ob die Welt in Flammen steht. Mit demselben ruhigen Gewissen, mit dem sie ihre Kriegsgewinne einstreichen, tanzen sie bei Sekt und schönen Frauen auf dem Vulkan. „Nach uns die Sintflut!“ das ist ihr Lebenspruch. Die „K. Z.“ am „Mittag“ kennt ihre Leute besser. Diese Presse und ihr Publikum sind einander wert.

Burgfrieden bei der Berliner Polizei.

Vor einigen Jahren berufen die Berliner Schenkleute, sich eine Organisation zu schaffen, wurden mit ihrem Gesuch von dem damaligen Polizeipräsidenten von Jagow aber kurz abgewiesen. Nach Ausbruch des Krieges trat auch hier Burgfrieden ein und den Schenk-leuten wurde die Gründung ihrer Organisation gestattet, der sich inzwischen auch Vereine angeschlossen haben, die in der Provinz ihren Sitz haben. Die Genehmigung wurde lediglich von der Verbindung abhängig gemacht, daß der Verband dienstliche Angelegenheiten nicht erörtern dürfe. Vor kurzer Zeit hat nun aber der Verband an den neuen Präsidenten von Dppen eine Eingabe gerichtet, in der ersucht wird, die Disziplinarstrafen zu löschen, wenn seit der Verstrafung eine fünfjährige straffreie Führung verstrichen ist. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, daß Schenkleute, die länger als 20 Jahre im Dienst stehen, wegen irgend einer alten Disziplinarstrafe noch immer auf lebenslängliche Anstellung warten müssen und durch das Tragen des kurzen Seitengewehrs auch dem Publikum gegenüber als bestrafte Beamte gekennzeichnet sind. Auf diese Eingabe erbielt der Verband eine ziemlich schroffe Antwort mit dem Hinweis darauf, daß solche Anträge in Zukunft nur durch das Kommando der Schenkmannschaft vorzulegen sind. Mittlerweile scheint aber der Polizeipräsident v. Dppen eingesehen zu haben, daß sein schroffes Vorgehen doch recht wenig mit dem Burgfrieden in Einklang gebracht werden könne, denn wie ein der Polizei öfter gefälliges Mittagsblatt berichtet, hat Herr v. Dppen den Vorstehenden und den Schriftführer des Schenkmanns-

